

■ WIRTSCHAFTSWACHSTUM HAT IN OST-MITTELEUROPA HÖHEPUNKT VORLÄUFIG ÜBERSCHRITTEN

Die Hoffnung, dass im Jahr 2000 die Wirtschaft erstmals in allen ostmitteleuropäischen Ländern (MOEL) wachsen würde, hat sich erfüllt. Die schwierigste Phase des Umbaus scheint nunmehr überall überwunden zu sein. Die Anfälligkeit für Rückschläge bleibt bestehen, aber je nach der wirtschaftlichen Reife der einzelnen Länder in sehr unterschiedlichem Maße. Die sich abzeichnende Abschwächung der Weltkonjunktur wird voraussichtlich auch Ost-Mitteuropa erfassen.

Die Unterschiede zwischen der Wirtschaftsentwicklung in den einzelnen ostmitteleuropäischen Ländern sind in vieler Hinsicht beträchtlich (Übersicht 1). In Polen war das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2000 um 27% höher als im Jahr 1989, vor Beginn der Transformation. Für die anderen Länder – dort setzten die Reformen später ein – ist 1990 das passende Vergleichsjahr: In Slowenien war im Jahr 2000 das BIP um 20% höher als 1990, in Ungarn um 8%, in der Slowakei um 5%. Alle anderen Länder hatten im vergangenen Jahr den transformationsbedingten BIP-Rückgang noch nicht überwunden. Tschechien und auch Mazedonien blieben knapp unter dem Niveau von 1990; Estland, Kroatien, Rumänien und Bulgarien erreichten über drei Viertel des BIP-Niveaus von 1990, Litauen, Russland und Lettland etwa zwei Drittel, die Ukraine jedoch weniger als die Hälfte. Jene Länder, in denen die Wirtschaft nach einem anfänglichen Einbruch dauerhaft gewachsen war, erzielten im Jahr 2000 die besten Resultate. Jene, die den ersten Einbruch zwar relativ schnell überwunden, später jedoch einen Rückschlag erlebt hatten, haben das Niveau von 1990 noch nicht wieder erreicht, und die dritte Gruppe, in denen die Wirtschaft fast ein Jahrzehnt lang geschrumpft war, fiel weit zurück. Die Industrieproduktion (Übersicht 2) lag im Vorjahr in nur zwei MOEL über dem Niveau vor Beginn der Transformation (1989): in Ungarn um 36% und in Polen um 28%. In der Slowakei, Tschechien und Slowenien erreichte sie über 80%, in den anderen Ländern zwischen rund 40% und 60% des einstigen Niveaus. Das Ergebnis ähnelt somit jenem für das reale BIP.

Während dieser Vergleich des BIP von 1990 mit jenem von 2000 bzw. des Industrieausstoßes vor und nach der Transformation einen Eindruck davon ver-

Der vorliegende Bericht wurde im Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) erstellt. Der Autor (poeschl@wsr.ac.at) dankt Boriana Assenova und Hana Ruskova für die Erstellung der statistischen Übersichten und Abbildungen sowie Peter Havlik und Kazimierz Laski für Kommentare und Anregungen.

Übersicht 1: Das BIP der MOEL im internationalen Vergleich

2000

	Zu laufenden Wechselkursen	Zu Kaufkraftparitäten	Reales Wachstum	
	Mrd. €	Pro Kopf, EU 15 = 100	1990 = 100	
MOEL 11	695	2.060	33	78
MOEL 7	369	836	41	110
MOEL 5	316	666	48	122
Tschechien	54	130	60	99
Ungarn	50	112	53	108
Polen	172	337	41	143 ¹⁾
Slowakei	21	56	49	105
Slowenien	20	31	73	120
Bulgarien	13	42	24	79
Rumänien	40	128	27	82
Kroatien	21	31	33	87
Mazedonien	4	9	21	97
Russland	267	1.016	33	64
Ukraine	35	167	16	43
Estland	5	11	37	87
Lettland	8	15	30	62
Litauen	12	23	29	68
EU 15	8.490	8.490	100	122
Deutschland	2.041	1.854	106	130
Österreich	204	192	112	123
Griechenland	121	151	68	125
Portugal	111	158	74	129
Spanien	603	692	83	129
USA	10.847	9.045	156	139
Japan	5.004	2.905	108	114

Q: OECD, WIIV. – ¹⁾ Für Polen, wo die Transformation früher als in anderen Ländern begann, wäre 1989 das adäquatere Bezugsjahr. Dies würde für 2000 einen Indexwert von 127 ergeben.

mittelt, welchen Fortschritt die einzelnen Länder seit Beginn der Transformation gemacht haben, zeigt ein Vergleich des Pro-Kopf-Einkommens der einzelnen Länder¹⁾ im Jahr 2000 die aktuellen Unterschiede zwischen ihrem Entwicklungsstand. Das reale BIP pro Kopf ist im Zusammenhang mit der geplanten EU-Osterweiterung zu einer wichtigen Maßzahl geworden, da sich der Anspruch auf Förderungen aus EU-Mitteln danach bemisst. Am höchsten war das BIP pro Kopf im Jahr 2000 mit fast drei Vierteln des EU-Wertes in Slowenien vor Tschechien und Ungarn mit 60% und 53%. In den anderen Beitrittskandidaten lag dieser Indikator unter 50% des EU-Durchschnitts (Slowakei 49%, Polen 41%, Estland 37%, Lettland 30%, Litauen, Rumänien und Bulgarien unter 30%). Slowenien ist der einzige Beitrittswerber, der Griechenland, das Land mit dem niedrigsten BIP pro Kopf innerhalb der EU, überholt hat. Anders als Slowenien haben Kroatien und Mazedonien unter den Ereignissen, die mit der Auflösung des früheren Jugoslawien verbunden waren, schwer gelitten, wie auch aus dem niedrigen BIP pro Kopf zu ersehen ist. Mit 33% des EU-Durchschnitts weist diese Kennzahl Russland als eines der armen Länder der Region aus. Nur die Hälfte des russischen Pro-Kopf-Einkommens erreicht die Ukraine.

Die Wirtschaftsleistung Russlands, gemessen am BIP zu Kaufkraftparitäten, betrug im Jahr 2000 etwas mehr als das Fünffache, die polnische etwas weniger als das

¹⁾ Das BIP pro Kopf der einzelnen Länder ist zu Kaufkraftparitäten berechnet.

Übersicht 2: Bruttoindustrieproduktion

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2000
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real						1989 = 100
MOEL 7 ¹⁾	+ 4,0	- 0,1	- 0,7	+ 7,1	+ 5	+ 5	88,3
MOEL 5 ¹⁾	+ 8,3	+ 4,8	+ 2,5	+ 7,0	+ 6	+ 6	110,7
Tschechien	+ 4,5	+ 3,1	- 3,1	+ 5,1	+ 5	+ 5	82,6
Ungarn	+11,1	+12,5	+10,4	+18,3	+13	+13	136,1
Polen ²⁾	+11,5	+ 3,5	+ 4,8	+ 4,3	+ 4	+ 5	128,1
Slowakei	+ 2,7	+ 5,0	- 3,6	+ 9,1	+ 6	+ 6	89,0
Slowenien	+ 1,0	+ 3,7	- 0,5	+ 6,2	+ 4	+ 4	80,3
Bulgarien	- 5,4	- 7,9	-12,3	+ 2,3	+ 4	+ 4	46,4
Rumänien	- 7,2	-13,8	- 8,0	+ 8,2	+ 5	+ 2	47,3
Kroatien	+ 6,8	+ 3,7	- 1,4	+ 1,7	+1,5	+ 2	56,9
Mazedonien	+ 1,6	+ 4,5	- 2,6	+ 3,5	+ 3	+ 3	47,4
Bundesrepublik Jugoslawien ³⁾	+ 9,5	+ 3,6	-23,1	+12,2	+ 5	+ 5	39,0
Russland	+ 1,9	- 5,2	+ 8,1	+ 9,0	+ 5	+ 6	54,2
Ukraine	- 0,3	- 1,0	+ 4,0	+12,9	+ 6	+ 6	57,6

Q: Nationale Statistiken; 2000: vorläufige Zahlen, 2001 und 2002: Prognose des WIIV. – ¹⁾ Schätzung des WIIV. – ²⁾ Umsätze. – ³⁾ Ab 1999 ohne Kosovo und Metohia.

Doppelte der österreichischen. Alle anderen MOEL lagen darunter. Berechnet zu laufenden Wechselkursen ist nur Russlands BIP – geringfügig – höher als das österreichische. Allerdings reflektiert dieser Indikator nicht so sehr Unterschiede in der Wirtschaftsleistung, sondern primär die Schwäche der MOEL-Währungen.

Die Preise der in den MOEL konsumierten Waren (Güter und Dienstleistungen) sind – in einem Vergleich anhand der Wechselkurse – im Allgemeinen viel niedriger als in der EU. Diese Unterschiede spiegeln ebenfalls ein Gefälle im Entwicklungsstand wider. Im Jahr 2000 lagen die Preise in Kroatien im Durchschnitt bei 66% des EU-Niveaus, in Slowenien bei 64%, in Litauen, Lettland und Polen zwischen 55% und 50% und in den anderen neun Ländern unter 50%. Besonders niedrig waren sie in der Ukraine (21% des EU-Niveaus) sowie in Russland, Bulgarien und Rumänien (unter einem Drittel des EU-Niveaus). Die Preise von Waren, die international gehandelt werden, unterscheiden sich dabei zwischen MOEL und EU weniger stark als jene der nichtgehandelten Güter bzw. Leistungen wie etwa Mieten oder medizinische Leistungen.

In den MOEL ist die Inflationsrate durchwegs höher als in der EU, und dies dürfte mittelfristig so bleiben. Allerdings sind die Unterschiede zwischen den einzelnen MOEL auch in dieser Hinsicht sehr ausgeprägt. In Tschechien stiegen die Verbraucherpreise im Jahr 2000 im Durchschnitt um nur 3,9%. Einstellige Inflationsraten verzeichneten auch Kroatien, Slowenien und – ganz knapp – Ungarn, während die Preise in Rumänien um 46% und in der Bundesrepublik Jugoslawien um 86% stiegen. Russlands Inflationsrate betrug 21% – nach einer Rate von 86% im Jahr 1999 ist dies als Erfolg zu werten. Zwischen Inflationsrate und nomineller Abwertungsrate besteht ein wechselseitiger Zusammenhang: Tschechiens Währung ist seit Jahren annähernd stabil, und gleichzeitig ist die Inflation am niedrigsten in Ost-Mittleuropa. Auf westeuropäisches Niveau wird die In-

Übersicht 3: Vorgemerkte Arbeitslose

Jahresendstand

	1997	1998	1999	2000	1997	1998	1999	2000	2001	2001
	In 1.000				Arbeitslosenquote in % ¹⁾					
MOEL 7 ²⁾	4.441	4.668	5.632	5.833	10,0	10,5	12,6	13,1	.	.
MOEL 5 ²⁾	3.036	3.177	3.892	4.144	9,9	10,4	12,5	13,3	.	.
Tschechien	269	387	488	457	5,2	7,5	9,4	8,8	10	10
Ungarn	464	404	405	372	11,0	9,6	9,6	8,9	8,5	8,5
Polen	1.826	1.831	2.350	2.703	10,3	10,4	13,0	15,0	16	16
Slowakei	348	428	535	507	12,5	15,6	19,2	17,9	17	16
Slowenien	129	127	114	105	14,8	14,6	13,0	12,0	11	10,5
Bulgarien	524	465	611	683	13,7	12,2	16,0	17,9	18	17
Rumänien	881	1.025	1.130	1.007	8,9	10,4	11,8	10,5	10	11
Kroatien	287	303	342	379	17,6	18,1	20,4	22,6	23	23
Mazedonien ³⁾	288	284	262	.	36,0	34,5	32,4	32,2	32	32
Bundesrepublik Jugoslawien ⁴⁾	794	849	774	812	25,5	25,4	25,5	26,7	30	32
Russland ³⁾	8.133	9.728	8.904	6.950	11,2	13,3	12,2	9,6	11	10
Ukraine	637	1.003	1.175	1.188	2,3	3,7	4,3	4,2	5	6

Q: Nationale Statistiken; 2000: vorläufige Zahlen, 2001 und 2002: Prognose des WIIW. – ¹⁾ Arbeitslose in % der Erwerbspersonen. – ²⁾ Schätzung des WIIW. – ³⁾ Arbeitslosenquote gemäß Labour-Force-Konzept (Mikrozensus). – ⁴⁾ Ab 1999 ohne Kosovo und Metohia.

flationsrate der MOEL in den nächsten Jahren nur vereinzelt und ausnahmsweise sinken, weil die nichthandelbaren Güter und Leistungen auch in den nächsten Jahren relativ zu den Tradables noch sehr billig sein und sich erst allmählich anpassen werden.

Charakteristisch für die MOEL ist die hohe Arbeitslosigkeit (Übersicht 3). Die Arbeitslosenquote war Ende 2000 in allen Ländern außer Tschechien, Ungarn und der Ukraine zweistellig und spiegelte im letzteren Fall das Fehlen von Restrukturierungserfolgen wider. In Mazedonien lag sie über 30%, in der Bundesrepublik Jugoslawien und in Kroatien über 20% und in der Slowakei nahe 20%. Dabei ist die regionale Komponente durchwegs ausgeprägt: In Kernzonen ist die Arbeitslosenquote meist sehr niedrig, in abgelegenen Regionen sehr hoch. Die Mobilität der Arbeitskräfte ist gering, zum Teil auch weil in den prosperierenden Kernzonen die Wohnungspreise und -mieten im Vergleich zu den Löhnen sehr hoch sind.

Der Rückstand der Wirtschaft in den MOEL spiegelt sich in einem im Vergleich zur EU geringen Pro-Kopf-Einkommen und niedrigen Preisniveau. Die Ukraine erwies sich im Jahr 2000 als das wirtschaftlich rückständigste Land, Slowenien als das höchstentwickelte.

AUSSENHANDELSINDIKATOREN DIVERGIEREN BETRÄCHTLICH

Die Wirtschaft der Slowakei, Ungarns und Tschechiens ist sehr exportorientiert: Im Jahr 2000 erreichten ihre Güterexporte mit 62%, 61% und 59% des BIP das höchste Gewicht unter den MOEL. In den anderen Ländern lag diese Maßzahl unter 50% und war im Fall Polens (20%) besonders niedrig. Die Orientierung der Produzenten auf Auslandsmärkte ist somit sehr unterschiedlich

ausgeprägt; die Schwäche Polens erklärt sich hier nur zum Teil aus der Größe des polnischen Binnenmarktes. Der Dienstleistungsexport erreichte in manchen Ländern gemessen am BIP ein beachtliches Volumen (Kroatien knapp 19%, Bulgarien 18%, Tschechien, Ungarn, Ukraine, Slowakei und Slowenien ebenfalls mehr als 10%).

Die Slowakei, Tschechien und Ungarn sind stark außenhandelsorientiert – im Gegensatz zu Polen. Russland spielt für die meisten MOEL als Exportdestination nur noch eine untergeordnete Rolle.

Der Außenhandel der westlichen MOEL ist inzwischen, wie MOEL-Statistiken belegen, primär auf die EU 15 ausgerichtet (Übersicht 4, Übersicht 5): Drei Viertel der Exporte Ungarns gingen im Jahr 2000 in die EU (Polen 70%, Tschechien 69%, Rumänien und Slowenien 64%). Die Slowakei lieferte 59% ihrer Exporte in die EU. In den Balkanstaaten war der EU-Anteil deutlich geringer (Kroatien 54%, Bulgarien 51%, Mazedonien 43%). Die Ukraine lieferte im Jahr 2000 18% der Exporte in die EU, Russland 1999 etwa ein Drittel. Russland, der ehemals wichtigste Handelspartner der anderen ostmitteleuropäischen Länder, ist nur noch für die Ukraine eine wichtige Exportdestination (Übersicht 6). Im Jahr 2000 waren 24% der ukrainischen Exporte für Russland bestimmt, aber nur zwischen etwa 2,5% und 0,8% der Exporte der EU-Beitrittskandidaten.

Im Jahr 2000 importierten die MOEL 7 laut MOEL-Statistiken aus der EU Güter im Wert von 100 Mrd. €, 59% der Gesamtimporte dieser Länder. Im Import der MOEL spielt Russland – etwa als Lieferant von Erdöl und Erdgas – eine wesentlich bedeutendere Rolle als im Export. Dies gilt speziell für die Ukraine, die im Jahr 2000 42% ihrer Importe aus Russland bezog, sowie für Bulgarien (24%) und die Slowakei (17%). Die anderen Länder er-

Übersicht 4: Außenhandel insgesamt

Laut Zollstatistik

		1997	1998	1999	2000	1999	2000	1999	2000
		Mio. €				Auf Euro-Basis		Auf Dollarbasis	
						Veränderung gegen das Vorjahr in %			
MOEL 7	Exporte	86.416	97.988	103.248	135.199	+ 5,5	+30,9	+ 0,6	+13,2
	Importe	112.315	125.784	130.877	169.059	+ 4,1	+29,2	- 1,1	+11,8
	Exporte in % der Importe	76,9	77,9	78,9	80,0				
MOEL 5	Exporte	74.613	86.734	91.505	118.708	+ 5,5	+29,7	+ 0,1	+12,2
	Importe	98.008	110.739	115.941	147.819	+ 4,7	+27,5	- 1,0	+10,4
	Exporte in % der Importe	76,1	78,3	78,9	80,3				
Tschechien	Exporte	20.182	23.515	24.641	31.464	+ 4,8	+27,7	- 0,3	+10,5
	Importe	24.322	25.690	26.387	35.024	+ 2,7	+32,7	- 2,3	+14,9
	Exporte in % der Importe	83,0	91,5	93,4	89,8				
Ungarn ¹⁾	Exporte	16.910	20.477	23.491	30.481	+14,7	+29,8	+ 8,8	+12,3
	Importe	18.780	22.871	26.288	34.808	+14,9	+32,4	+ 9,0	+14,6
	Exporte in % der Importe	90,0	89,5	89,4	87,6				
Polen	Exporte	22.798	25.145	25.729	34.383	+ 2,3	+33,6	- 2,9	+15,5
	Importe	37.484	41.539	43.151	53.122	+ 3,9	+23,1	- 2,4	+ 6,6
	Exporte in % der Importe	60,8	60,5	59,6	64,7				
Slowakei ²⁾	Exporte	7.310	9.545	9.607	12.876	+ 0,7	+34,0	- 4,5	+15,9
	Importe	9.132	11.640	10.633	13.870	- 8,6	+30,4	-13,3	+12,8
	Exporte in % der Importe	80,0	82,0	90,4	92,8				
Slowenien	Exporte	7.413	8.052	8.037	9.504	- 0,2	+18,3	- 5,6	+ 2,2
	Importe	8.290	8.999	9.482	10.995	+ 5,4	+16,0	- 0,3	+ 0,3
	Exporte in % der Importe	89,4	89,5	84,8	86,4				
Bulgarien ³⁾	Exporte	4.368	3.841	3.762	5.240	+ 0,5	+39,3	- 4,5	+20,1
	Importe	4.361	4.476	5.178	7.071	+17,0	+36,5	+11,3	+17,7
	Exporte in % der Importe	100,2	85,8	72,6	74,1				
Rumänien	Exporte	7.434	7.412	7.981	11.252	+ 7,7	+41,0	+ 2,4	+21,9
	Importe	9.946	10.569	9.757	14.169	- 7,7	+45,2	-12,2	+25,6
	Exporte in % der Importe	74,7	70,1	81,8	79,4				
Kroatien ⁴⁾	Exporte	3.666	4.046	4.027	4.773	- 0,5	+17,8	- 5,8	+ 2,0
	Importe	8.060	7.477	7.324	8.616	- 2,0	+17,2	- 7,2	+ 1,4
	Exporte in % der Importe	45,5	54,1	55,0	55,4				
Mazedonien	Exporte	1.091	1.170	1.118	1.432	- 4,4	+28,0	- 9,1	+10,7
	Importe	1.568	1.709	1.667	2.263	- 2,5	+35,7	- 7,2	+17,4
	Exporte in % der Importe	69,5	68,5	67,1	63,3				
Bundesrepublik Jugoslawien ⁵⁾	Exporte	2.360	2.518	1.391	.	-44,0	.	-46,9	+15,0
	Importe	4.245	4.283	3.081	.	-26,4	.	-30,4	+12,6
	Exporte in % der Importe	55,6	58,8	45,2	.				
Russland ⁶⁾	Exporte	77.885	66.606	70.491	114.152	+ 5,8	+61,9	+ 0,7	+40,0
	Importe	64.988	53.392	37.733	48.004	-29,3	+27,2	-32,8	+10,0
	Exporte in % der Importe	119,8	124,7	186,8	237,8				
Ukraine	Exporte	12.550	11.283	10.871	15.817	- 3,7	+45,5	- 8,4	+25,8
	Importe	15.103	13.103	11.119	15.148	-15,1	+36,2	-19,3	+17,8
	Exporte in % der Importe	83,1	86,1	97,8	104,4				

Q: Nationale Statistiken; 2000: vorläufige Zahlen. - ¹⁾ Seit 1997 einschließlich Handel von Unternehmen mit Freihandelsstatus. - ²⁾ Ab 1998 neue Erhebungsmethode. - ³⁾ Ab 1999 neue Erhebungsmethode. - ⁴⁾ Ab 2000 neue Erhebungsmethode. - ⁵⁾ Ab 1999 ohne Kosovo und Metohia. - ⁶⁾ Einschließlich Schätzung des nicht registrierten Handels.

hielten 5% bis 10% der Importe aus Russland, Slowenien jedoch nur 2,3%. Im vergangenen Jahrzehnt hat sich somit eine grundlegende Umorientierung der Handelsströme vollzogen.

Radikal verändert hat sich auch die Güterstruktur der Exporte (Übersicht 7). In den höherentwickelten MOEL hat inzwischen die SITC-Warengruppe „Maschinen und Verkehrsmittel“ den größten Anteil an den Gesamtexporten: im Jahr 2000 in Ungarn 60%, in Tschechien 44%, in der Slowakei 40%, in Slowenien 36% (1999), in Polen 34% und in Kroatien 27%. In Ungarn war der Strukturwandel besonders tiefgreifend – der Anteil dieser Warengruppe stieg von 1995 auf 2000 um 34 Prozentpunkte (Slowakei über +20 Prozentpunkte, Tschechien +14 Prozentpunkte, Polen +13 Prozentpunkte, Kroatien +10 Prozentpunkte). Eine so rasch voranschreitende Spezialisierung der Industrieproduktion in diese Richtung hätte man zu Beginn der Transformation nicht unbedingt erwartet. Zweigniederlassungen in Ost-Mitteuropa hel-

fen westeuropäischen Maschinen- und Transportmittelproduzenten, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, und sind somit für sie zu einem wichtigen Standbein geworden. Günstige kulturelle und wirtschaftliche Voraussetzungen, wie z. B. ein hoher Ausbildungsgrad der Arbeitskräfte, niedrige Löhne und nicht zuletzt auch wachsende Märkte in der Region selbst, spielen dabei eine Rolle – das potentielle Marktvolumen ist angesichts einer völligen Umrüstung und Erweiterung des Fuhrparks sowie der Betriebsanlagen in Ost-Mitteuropa enorm.

Die erfolgreichereren ostmitteleuropäischen Länder spezialisieren sich zusehends auf den Export von Maschinen und Verkehrsmitteln.

Im Export Rumäniens dominierte im Jahr 2000 die SITC-Gruppe „Verschiedene Fertigwaren“ mit einem Anteil von 37%, während in Mazedonien, der Bundesrepublik

Übersicht 5: Außenhandel der MOEL mit der EU 15

Laut Zollstatistik

	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Exportanteil der EU 15 in %						
Tschechien	60,5	58,4	59,9	64,2	69,2	68,5
Ungarn ¹⁾	62,7	62,7	71,2	73,0	76,2	75,2
Polen	70,0	66,2	64,0	68,3	70,5	69,9
Slowakei ²⁾	37,4	41,3	41,7	55,7	59,4	59,1
Slowenien	67,0	64,5	63,5	65,5	66,0	63,8
Bulgarien ³⁾	37,7	39,1	43,2	49,6	52,1	51,1
Rumänien	54,2	56,5	56,5	64,5	65,5	63,8
Kroatien ⁴⁾	57,6	51,0	49,7	47,6	48,7	54,3
Mazedonien	33,9	42,7	37,4	44,1	45,3	42,6
Bundesrepublik Jugoslawien ⁵⁾	.	34,6	39,8	38,3	36,3	38,7
Russland ⁶⁾	32,8	31,3	33,0	32,8	33,2	.
Ukraine	10,7	11,1	12,3	16,8	18,3	17,8
Importanteil der EU 15 in %						
Tschechien	61,0	62,1	61,5	63,5	64,2	62,0
Ungarn ¹⁾	61,5	59,8	62,8	64,1	64,4	58,5
Polen	64,6	63,9	63,8	65,6	64,9	61,2
Slowakei ²⁾	34,8	37,3	39,4	50,1	51,7	48,9
Slowenien	68,8	67,5	67,4	69,4	68,9	67,8
Bulgarien ³⁾	37,2	35,1	37,7	44,9	48,4	44,0
Rumänien	50,5	52,3	52,5	57,7	60,4	56,6
Kroatien ⁴⁾	62,1	59,4	59,5	59,4	56,5	55,6
Mazedonien	40,1	38,7	37,0	36,3	40,7	38,1
Bundesrepublik Jugoslawien ⁵⁾	.	42,0	41,4	43,1	41,4	41,4
Russland ⁶⁾	38,4	35,7	36,9	36,6	37,5	.
Ukraine	14,9	15,7	19,7	21,6	20,2	20,6

Q: Nationale Statistiken; 2000: vorläufige Zahlen. ¹⁾ Seit 1997 einschließlich Handel von Unternehmen mit Freihandelsstatus. – ²⁾ Ab 1998 neue Erhebungsmethode. – ³⁾ Ab 1999 neue Erhebungsmethode. – ⁴⁾ Ab 2000 neue Erhebungsmethode. – ⁵⁾ Ab 1999 ohne Kosovo und Metohia. – ⁶⁾ Einschließlich Schätzung des nicht registrierten Handels.

Jugoslawien, in Russland sowie der Ukraine Vorleistungsgüter (bearbeitete Waren, mineralische Produkte, unedle Metalle und Waren daraus) vorherrschend waren.

Übersicht 6: Außenhandel der MOEL mit Russland

	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Exportanteil Russlands in %						
Tschechien	3,0	3,1	3,4	2,5	1,5	1,3
Ungarn ¹⁾	6,4	5,9	5,1	2,8	1,4	1,5
Polen	5,6	6,8	8,4	5,6	2,6	2,7
Slowakei ²⁾	3,9	3,5	4,0	1,9	1,0	0,9
Slowenien	3,7	3,6	3,9	2,6	1,5	2,2
Bulgarien ³⁾	10,0	9,8	7,9	5,5	4,7	2,5
Rumänien	2,0	2,0	3,0	1,0	0,6	0,9
Kroatien ⁴⁾	3,3	2,9	3,9	3,6	1,6	1,3
Mazedonien	7,2	3,4	2,1	2,0	1,3	0,8
Bundesrepublik Jugoslawien ⁵⁾	.	8,1	6,8	5,3	5,2	5,3
Ukraine	43,4	38,7	26,2	23,0	20,7	24,1
Importanteil Russlands in %						
Tschechien	7,5	7,2	6,8	5,5	4,9	6,4
Ungarn ¹⁾	11,8	12,5	9,2	6,5	5,9	7,8
Polen	6,7	6,8	6,3	5,1	5,9	9,4
Slowakei ²⁾	16,6	17,4	15,5	10,4	12,0	17,0
Slowenien	2,5	2,2	2,7	1,8	1,6	2,3
Bulgarien ³⁾	28,1	33,4	28,0	19,9	20,1	24,3
Rumänien	12,0	12,5	12,0	9,0	6,8	8,6
Kroatien ⁴⁾	2,1	2,7	5,0	4,3	8,6	8,5
Mazedonien	3,7	7,5	3,9	4,7	5,1	9,2
Bundesrepublik Jugoslawien ⁵⁾	.	5,5	9,1	10,9	8,3	8,4
Ukraine	53,3	50,1	45,8	48,1	47,6	41,7

Q: Nationale Statistiken; 2000: vorläufige Zahlen. – ¹⁾ Seit 1997 einschließlich Handel von Unternehmen mit Freihandelsstatus. – ²⁾ Ab 1998 neue Erhebungsmethode. – ³⁾ Ab 1999 neue Erhebungsmethode. – ⁴⁾ Ab 2000 neue Erhebungsmethode. – ⁵⁾ Ab 1999 ohne Kosovo und Metohia.

Übersicht 7: Exportspezialisierung

Nach Warengruppe (SITC)

		1995	2000
Anteile der wichtigsten Warengruppe an den Gesamtexporten in %			
Tschechien	Maschinen, Verkehrsmittel	30,3	44,4
Ungarn	Maschinen, Verkehrsmittel	25,6	59,6
Polen	Maschinen, Verkehrsmittel	21,1	34,2
Slowakei	Maschinen, Verkehrsmittel	18,8	39,5
Slowenien	Maschinen, Verkehrsmittel	31,4	35,5 ¹⁾
Bulgarien	Bearbeitete Waren	28,0	25,8
Rumänien	Verschiedene Fertigwaren	31,7	36,7
Kroatien	Maschinen, Verkehrsmittel	16,8	27,1
Mazedonien	Bearbeitete Waren	36,6	36,8
Bundesrepublik Jugoslawien	Bearbeitete Waren	31,8 ²⁾	35,2
Russland	Harmonisiertes System: Mineralische Stoffe	42,0	43,9 ¹⁾
Ukraine	Harmonisiertes System: Unedle Metalle und Waren daraus	33,1 ²⁾	44,4

¹⁾ 1999. – ²⁾ 1996.

Die Entwicklung des Außenhandels verläuft rasant. Das Exportvolumen der MOEL 7 stieg laut MOEL-Statistiken von 1997 bis 2000 auf Eurobasis um 56%, das Importvolumen um 51%. Noch ausgeprägter war in diesem Zeitraum der Anstieg der Exporte in die EU mit +75%. Die Importe der MOEL 7 aus der EU erhöhten sich um 50%.

Der Außenhandel ist in fast allen MOEL strukturell defizitär. Ein Defizit im Außenhandel ist für weniger entwickelte Länder typisch, vor allem in jenen Fällen, in denen die Wirtschaft rascher wächst als die der wichtigsten Handelspartner. Bedenklich hoch war das Defizit in Nachfolgeländern des früheren Jugoslawien, sieht man von Slowenien ab: Es betrug im Jahr 2000 in Mazedonien 23% des BIP und in der Bundesrepublik Jugoslawien sowie in Kroatien 19%. In Bulgarien und Polen überstieg das Defizit ebenfalls die 10%-Marke. In Ungarn, Slowenien, Rumänien, Tschechien und der Slowakei lag es zwischen 5% und 10%. Das Ergebnis für Russland – im Jahr 2000 ein Exportüberschuss von 25% des BIP – fällt wie auch in früheren Jahren aus dem Rahmen und deutet darauf hin, dass die Neigung, in Importe zu investieren, im Verhältnis zum Umfang der Exporterlöse (insbesondere aus Energieträgern und Rohstoffen) bemerkenswert gering ist. Das aggregierte Außenhandelsdefizit der MOEL 7 betrug im Jahr 2000 33 Mrd. €, die Hälfte dessen, was Russland an Exportüberschüssen erzielte (66 Mrd. €). Ungarn und die Slowakei verzeichneten in den vergangenen Jahren gegenüber der EU einen Außenhandelsüberschuss, während Tschechiens Handelsbilanz mit der EU in den letzten zwei Jahren annähernd ausgeglichen war.

Die Leistungsbilanz, die neben Gütern auch Dienstleistungen, Einkommensströme und Transfers enthält, war in den Ländern mit hohem Außenhandelsdefizit ebenfalls stark defizitär (Übersicht 8): Das Leistungsbilanzdefizit lag im Jahr 2000 in der Bundesrepublik Jugoslawien, in Bulgarien und Polen deutlich über 5% des BIP

Übersicht 8: Auslandsposition und Leistungsbilanz

	Bruttoauslandsverschuldung ¹⁾		Währungsreserven der Nationalbank (ohne Gold) ²⁾		Leistungsbilanz			
	1999	2000	1999	2000	1999	2000	2001	2002
			Mrd. \$, Jahresendstand					
Tschechien	22,6	21,3	12,8	13,1	- 1,6	- 2,4	- 2,4	- 2,5
Ungarn	29,3	30,8	10,9	11,2	- 2,1	- 1,5	- 2,5	- 2,6
Polen	64,9	65,5	27,3	27,5	-11,6	-10,0	-11,5	-12,0
Slowakei	10,5	10,5	3,4	4,1	- 1,1	- 0,7	- 0,7	- 0,8
Slowenien	5,4	6,2	3,2	3,2	- 0,8	- 0,6	- 0,5	- 0,5
Bulgarien	10,2	10,4	2,9	3,2	- 0,7	- 0,7	- 0,5	- 0,5
Rumänien	8,6	9,6	1,5	2,5	- 1,3	- 1,4	- 1,8	- 1,4
Kroatien	9,9	10,8	3,0	3,5	- 1,5	- 0,5	- 0,7	- 0,7
Mazedonien ³⁾	1,4	1,4	0,4	0,4	- 0,1	- 0,1	- 0,4	- 0,4
Bundesrepublik Jugoslawien ⁴⁾	12,5	.	1,2	.	- 0,6	- 0,8	- 1,2	- 1,5
Russland	158,8	148,5	12,5	28,0	25,0	46,3	35,0	20,0
Ukraine	12,4	11,3	1,1	1,4	1,7	1,5	0,5	0,0

Q: Nationale Statistiken; 2000: vorläufige Zahlen, 2001 und 2002: Prognose des WIIW. – ¹⁾ Bulgarien und Tschechien: in konvertiblen Währungen; Rumänien, Mazedonien: mittel- und langfristige Verschuldung. – ²⁾ Währungsreserven, SZR und Reserveposition gegenüber dem IWF; Tschechien, Ungarn, Polen, Russland, Slowakei, Bundesrepublik Jugoslawien: einschließlich Gold; Ungarn: Gesamtreserven. – ³⁾ Leistungsbilanzsaldo 2001, 2002 ohne unentgeltliche Zuwendungen aus dem Ausland. – ⁴⁾ Ab 1999 ohne Kosovo und Metohia.

und hat in diesen Ländern somit ein Niveau erreicht, das in Zukunft Probleme hervorrufen könnte. In Kroatien, Slowenien, Tschechien und Ungarn trugen Überschüsse in der Dienstleistungsbilanz, insbesondere aus Tourismuseinnahmen, dazu bei, das Leistungsbilanzdefizit in

Russlands Exportüberschuss war im Jahr 2000 etwa doppelt so groß wie das gesamte Außenhandelsdefizit der MOEL 7 und mehr als doppelt so groß wie der Jahreszufluss ausländischer Direktinvestitionen in alle MOEL zusammen.

Grenzen zu halten. In der Slowakei, in Bulgarien und Tschechien war der Nettozufluss ausländischer Direktinvestitionen im Jahr 2000 viel höher als das Leistungsbilanzdefizit – ein Faktum, das üblicherweise als solide Defizitfinanzierung gewertet wird, zumal Direktinvestitionen auf eine längerfristige Bindung ausgerichtet sind und eine kurzfristige Repatriierung dieser Mittel nur begrenzt möglich ist. In Polen finanzierte der Zustrom ausländischer Direktinvestitionen 94% des relativ hohen Leistungsbilanzdefizits, in Ungarn 81% des relativ geringen Negativsaldos. Der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen in die MOEL insgesamt wird für das Jahr 2000 auf etwas über 27 Mrd. \$ geschätzt; auf Polen dürfte etwas weniger als ein Drittel davon entfallen sein, auf die GUS etwas mehr als ein Fünftel, auf Tschechien ein Sechstel, auf die südosteuropäischen Länder etwa 12% und auf Ungarn, das den Hauptzustrom bereits in der Vergangenheit erlebte, 7%.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE WEICHENSTELLUNGEN

Die Politik war in den MOEL in den letzten Jahren bemüht, möglichst schnell das Stadium einer reifen Marktwirtschaft zu erreichen. Zum Teil wurden im Zuge der Reformen liberalere Lösungen entwickelt, als sie in vielen westeuropäischen Ländern anzutreffen sind. Das gilt

etwa für die Gestaltung von Ladenschlusszeiten oder von Löhnen und Preisen. Auch das Sozialsystem und das Gesundheitswesen wurden in einigen Ländern so tiefgreifend reformiert, wie es sich in Westeuropa schwer durchsetzen ließe. Parallel zu solch reformierten Strukturen bestehen aber noch viele bürokratische und institutionelle Hürden, die die Wirtschaftsaktivität unnötig erschweren.

Eine Messung der marktwirtschaftlichen Reife der ostmitteleuropäischen Länder ist schwierig, da aussagekräftige Indikatoren fehlen: Auch wenn der private Sektor einen namhaften Teil des BIP produziert, kann die Unternehmenssphäre weiterhin von vormarktwirtschaftlichen Strukturen bestimmt sein. Die Wirtschaftsstruktur ist dann typischerweise durch Großbetriebe geprägt, die trotz ihrer Verluste weder saniert noch liquidiert werden. Viele Betriebe in solchen scheintransformierten Ländern sind manövrierunfähig, weil sie Verbindlichkeiten akkumuliert haben, die sie nicht begleichen können, sowie Forderungen, die uneinbringlich sind. Diese Probleme dürften ursächlich gewesen sein für die Schwierigkeiten Bulgariens, Rumäniens und Tschechiens, nach der ersten Transformationsphase ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum zu erzielen, sowie auch für die Hartnäckigkeit des wirtschaftlichen Niedergangs in der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) in den neunziger Jahren.

Großes Augenmerk widmen Beobachter innerhalb und außerhalb der MOEL der Höhe des staatlichen Budgetdefizits – zumal dies auch eines der Maastricht-Kriterien ist (Übersicht 9). In keinem der Länder überstieg das von den statistischen Ämtern ausgewiesene Defizit im Jahr 2000 die Marke von 3% des BIP in einem alarmierenden Ausmaß (Kroatien 3,9%). Allerdings beziehen sich diese Zahlen lediglich auf das Budget der Zentralregierung; staatlich kontrollierte Ausgaben werden jedoch oft aus außerbudgetären Fonds bestritten, und in den Staatseinnahmen sind Erlöse aus Vermögenstransaktionen (Privatisierungen) enthalten. Der Staatshaushalt der meisten Länder war defizitär, aber unter Kontrolle.

Ein anderer wichtiger Aspekt des Staatshaushalts ist die Ausgabenquote. Die Ausgaben der Zentralregierung machten in den hier untersuchten Ländern im Jahr 2000 zwischen 18% und 34% des BIP aus (wobei dieselben Einschränkungen bezüglich der Erfassungsmethode gelten wie für die Defizitquote). Angesichts der Tatsache,

Expertenforen widmen in der Regel der Sanierung des Staatshaushalts mehr Aufmerksamkeit als der Konsolidierung des Finanzsystems in seiner Gesamtheit. In weniger entwickelten MOEL sind es jedoch vor allem die finanziellen Beziehungen zwischen den Unternehmen sowie zwischen Unternehmen und Banken, die nicht marktwirtschaftlichen Standards entsprechen.

dass die wohlhabendsten Länder Europas eine relativ hohe Ausgabenquote ausweisen, stellt sich die Frage, welche Quote für die MOEL angemessen wäre. Der Staat kann in vielen MOEL wichtige Aufgaben – wie etwa im Bereich von Bildung und Forschung – nur unzureichend erfüllen und sein Personal nur schlecht bezahlen – ein Umstand, der die Bekämpfung der vielfach verbreiteten Korruption erschwert.

In den letzten Jahren sind die Nationalbanken der MOEL überwiegend von einer prononcierten Hochzinspolitik abgegangen. In den meisten Ländern waren die Leitzinssätze niedriger als die Jahresinflationsrate der Produzentenpreise (Abbildung 1)²⁾. Dies bedeutet nicht, dass dies den Unternehmen in allen Fällen Zugang zu billigen Krediten verschaffen würde. Viele von ihnen haben kaum die Möglichkeit zur Fremdfinanzierung: Für Klein- und Mittelbetriebe, hinter denen kein ausländischer strategischer Investor steht, ist es weiterhin schwierig, Investitionsprojekte durch Kredite zu finanzieren.

Die Höhe der Leitzinssätze hat in den MOEL möglicherweise wenig Einfluss auf das Gesamtvolumen der Kredite, die der Unternehmenssektor aufnimmt, aber sie wirkt auf grenzüberschreitende Zahlungsströme im Zusammenhang mit Portfolioinvestitionen und Kreditgeschäften, d. h. primär auf den Wechselkurs. Hohe Leitzinsen stärken, solange das Leistungsbilanzdefizit nicht alarmierend groß ist, den Wechselkurs.

Im Gegensatz zu den anderen hier untersuchten Ländern verfolgen die Nationalbanken Polens und der Ukraine weiterhin eine Politik hoher Zinsen. Aufgrund der Wechselkursrelationen sind polnische Produkte im MOEL-Vergleich relativ teuer, was die Exportchancen der polnischen Produzenten schmälert. Entsprechend

²⁾ Die hier angewandte Methode zur Berechnung der Realzinssätze ist insofern etwas problematisch, als sie die vergangene Inflationsrate verwendet, während die Einschätzung durch die Wirtschaftssubjekte auf der erwarteten künftigen Teuerungsrate beruht.

Übersicht 9: Staatshaushalt

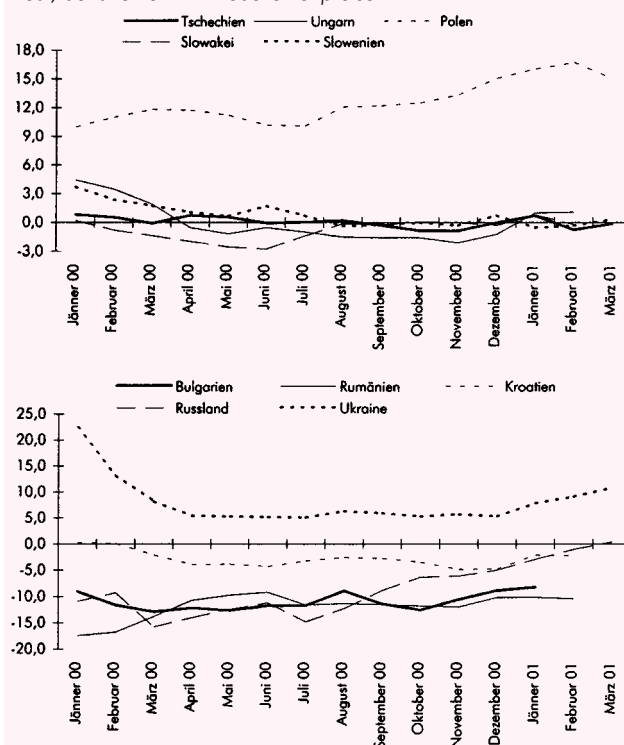
	1997	1998	1999	2000
	Ausgaben in % des BIP			
Tschechien	31,4	31,5	32,6	33,1
Ungarn	31,6	31,5	31,2	31,1
Polen	26,6	25,2	22,5	21,9
Slowakei	28,1	26,2	28,4	27,2
Slowenien	25,4	26,1	26,4	25,5
Bulgarien	21,4	18,2	18,1	.
Rumänien	20,9	21,1	20,5	18,7
Kroatien	28,3	30,9	34,3	32,2
Mazedonien	22,4	22,3	25,5	26,6
Russland ¹⁾	33,9	30,9	27,3	.
Ukraine ¹⁾	46,1	38,4	35,8	34,9
	Budgetsaldo in % des BIP			
Tschechien	-0,9	-1,6	-1,6	-2,4
Ungarn	-4,0	-5,5	-3,0	-2,8
Polen	-1,2	-2,4	-2,0	-2,2
Slowakei	-2,5	-2,6	-1,8	-3,1
Slowenien	-1,1	-1,1	-0,5	-0,9
Bulgarien	-3,9	1,5	1,8	-0,7
Rumänien	-3,6	-2,8	-2,6	-3,6
Kroatien	-0,9	0,9	-1,8	-3,9
Mazedonien	0,0	0,0	0,4	2,5
Russland ¹⁾	-5,2	-5,7	-1,0	.
Ukraine ¹⁾	-6,6	-2,0	-1,3	1,1

¹⁾ Gesamthaushalt.

hoch ist das Defizit der Leistungsbilanz – möglicherweise ein Anlass zur Besorgnis. In den anderen MOEL ist zwar weiterhin die Überzeugung verbreitet, dass hohe Zinssätze ein geeignetes Instrument sind, um die Inflation zu bekämpfen, die Ambitionen in dieser Hinsicht sind aber schwächer geworden. Die Vorstellung, dass Zentralbanken ausschließlich die Geldwertstabilität verfolgen soll-

Abbildung 1: Leitzinssätze der Nationalbanken

Real, deflationiert mit Produzentenpreisen



Q: WIIW-Datenbank.

Übersicht 10: Prognose für 2001 und 2002

	Bruttoinlandsprodukt ¹⁾				Verbraucherpreise ²⁾				Arbeitslosenquote ³⁾				Leistungsbilanz			
	1999	2000	2001	2002	1999	2000	2001	2002	1999	2000	2001	2002	1999	2000	2001	2002
	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %				Veränderung gegen das Vorjahr in %				In %				In % des BIP			
MOEL 7	+ 1,7	+3,5	+3,1	+3,5	12,6	13,1	.	.	- 5,6	- 5,1	- 5,2	- 5,1
MOEL 5	+ 2,9	+3,9	+3,1	+4,1	12,5	13,3	.	.	- 5,8	- 5,2	- 5,4	- 5,3
Tschechien	- 0,8	+3,1	+3,5	+3,5	+ 2,1	+ 3,9	+ 3,7	+ 3	9,4	8,8	10	10	- 3,0	- 4,8	- 4,4	- 4,3
Ungarn	+ 4,4	+5,2	+5	+5	+10,0	+ 9,8	+ 8,5	+ 6,5	9,6	8,9	8,5	8,5	- 4,3	- 3,2	- 4,5	- 4,3
Polen	+ 4,1	+4,1	+2	+4	+ 7,3	+10,1	+ 8	+ 6	13,0	15,0	16	16	- 7,5	- 6,3	- 6,5	- 6,6
Slowakei	+ 1,9	+2,2	+3	+4	+10,6	+12,0	+10	+ 6	19,2	17,9	17	16	- 5,8	- 3,7	- 3,3	- 3,6
Slowenien	+ 5,2	+4,8	+4,5	+4,5	+ 6,1	+ 8,9	+ 7	+ 5	13,0	12,0	11	10,5	- 3,9	- 3,3	- 2,4	- 2,0
Bulgarien	+ 2,4	+5,0	+4	+4	+ 0,3	+10,1	+ 6	+ 4	16,0	17,9	18	17	- 5,3	- 5,8	- 3,6	- 3,3
Rumänien	- 3,2	+1,6	+3	+1	+45,8	+45,7	+40	+35	11,8	10,5	10	11	- 3,8	- 3,8	- 4,7	- 3,7
Kroatien	- 0,4	+3,7	+2,5	+2,5	+ 4,2	+ 6,2	+ 5,5	+ 5	20,4	22,6	23	23	- 7,6	- 2,8	- 3,2	- 3,0
Mazedonien ⁴⁾	+ 2,7	+5,1	+5	+3	- 1,1	+10,6	+ 8	+ 6	32,4	32,2	32	32	- 3,3	- 3,4	- 8,7	- 7,9
Bundesrepublik Jugoslawien ⁵⁾	-17,7	+7,0	+5	+5	+44,9	+85,6	+50	+30	25,5	26,7	30	32	- 3,4	- 7,7	-13,7	-18,0
Russland	+ 3,5	+7,7	+4	+5	+85,7	+20,8	+20	+17	12,2	9,6	11	10	13,4	18,8	12,9	6,5
Ukraine	- 0,4	+6,0	+4	+4	+22,7	+28,2	+20	+20	4,3	4,2	5	6	5,4	4,6	1,4	0,0

Q: WIIW, 2000: vorläufige Zahlen, 2001 und 2002: Prognose. – ¹⁾ Bundesrepublik Jugoslawien: Bruttomaterialprodukt. – ²⁾ Kroatien, Mazedonien: Einzelhandelspreise. – ³⁾ Jahresendstand; Russland, Mazedonien: gemäß Labour-Force-Konzept (Mikrozensus). – ⁴⁾ Leistungsbilanzsaldo 2001, 2002 ohne unentgeltliche Zuwendungen aus dem Ausland. – ⁵⁾ Ab 1999 ohne Kosovo und Metohia.

ten, hat in den letzten Monaten angesichts des Konjunkturunbruchs in den USA weltweit und auch in den MOEL an Terrain verloren.

EU-BEITRITT

Derzeit verhandelt die EU mit Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern über einen Beitritt. Anlässlich des Treffens der EU-Staats- und Regierungschefs Mitte Juni in Göteborg will die schwedische Präsidentschaft erstmals den Zeithorizont für die ersten Beitrittsländer konkretisieren. Anlässlich des Treffens in Malmö im April 2001 diskutierten die EU-Finanzminister u. a. die Gefahr, dass ein hohes Leistungsbilanzdefizit die Anfälligkeit der EU-Beitrittskandidaten für Finanzkrisen erhöhen könnte. Befürchtungen dieser Art³⁾ gewannen an Gewicht, seit die Türkei – ebenfalls Kandidat für einen EU-Beitritt – in eine Finanzkrise geraten ist. Sie könnten die Beitrittsverhandlungen belasten, die sich in den kommenden Monaten mit den schwierigsten Kapiteln befassen werden, wie etwa der Freizügigkeit für den Arbeits- und Bodenmarkt, Agrar-, Transport- und Umweltfragen.

JÜNGSTE KONJUNKTURENTWICKLUNG TEILWEISE LEICHT GEDÄMPFT

Das Wirtschaftswachstum war im Jahr 2000 in fast allen MOEL deutlich höher als 1999 (Übersicht 10). In einigen Ländern war die Verbesserung spektakulär: Ein drastischer Wechsel von BIP-Rückgang (1999) zu Wachstum (2000) war in der Bundesrepublik Jugoslawien zu verzeichnen (von etwa -18% auf +7%, aller-

³⁾ Podkaminer, L., et al., „The Transition Economies: Externally Conditioned Improvements in 2000, Slowdowns and Adjustments Likely in 2001 and 2002“, WIIW-Forschungsbericht, 2001, (275).

dings unter sehr speziellen Umständen), in der Ukraine (von -0,4% auf +6%), in Rumänien, Kroatien und Tschechien. In drei Ländern, deren Wirtschaft nur schwach expandiert hatte, erhöhte sich die Wachstumsrate sehr deutlich: in Bulgarien, Mazedonien und vor allem Russland, das im Jahr 2000 mit 7,7% die höchste Wachstumsrate aller hier untersuchten Länder erzielte. In Ungarn, Polen und Slowenien, deren Wachstumsrate bereits 1999 zwischen 4% und 6% gelegen war, ergaben sich keine spektakulären Änderungen. Die aggregierte Wachstumsrate der MOEL 5, in der Polen aufgrund seiner Wirtschaftsleistung das größte Gewicht hat, stieg unspektakulär von 2,9% auf 3,9%.

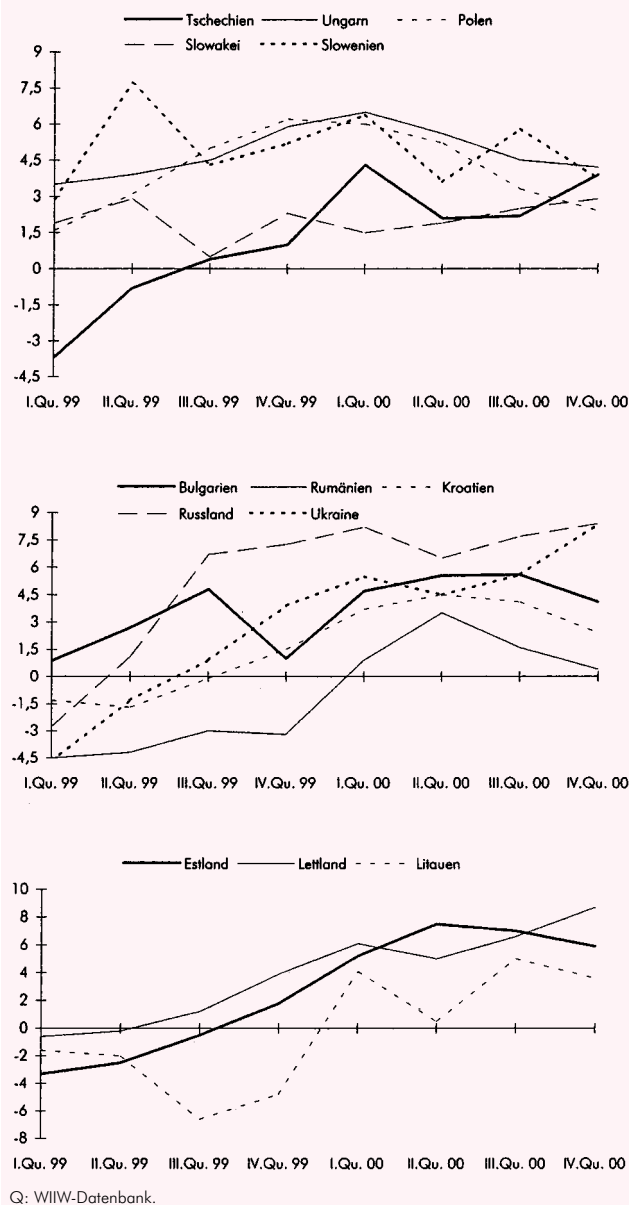
Das Wirtschaftswachstum verbesserte sich in den MOEL im Jahr 2000 zwar, reichte aber nicht aus, um ein deutliches Aufholen gegenüber der EU zu bewirken.

In den letzten drei Jahren (1998 bis 2000) lag die Wachstumsrate der MOEL 5 – der Ländergruppe mit dem höchsten Entwicklungsgrad – im Durchschnitt um etwas mehr als 1 Prozentpunkt über jener Deutschlands und in den letzten zwei Jahren um nur 1/2 Prozentpunkt über der Wachstumsrate des gesamten Euro-Raumes. Der Aufholprozess dieser Länder war somit nicht sehr ausgeprägt. Die MOEL 7 – einschließlich Bulgarien und Rumänien – holten gegenüber Deutschland nicht auf und fielen gegenüber dem Euro-Raum sogar etwas zurück. Mitte der neunziger Jahre waren die Ergebnisse in dieser Hinsicht deutlich besser gewesen.

Der Konjunkturverlauf vieler MOEL gleicht jenem Westeuropas (Abbildung 2). Der Euro-Raum verzeichnete einen Aufschwung von Mitte 1999 bis zum I. Quartal 2000, Deutschland in der ersten Jahreshälfte 2000. In den vergangenen zwei Jahren erreichte Polen die höch-

Abbildung 2: Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes

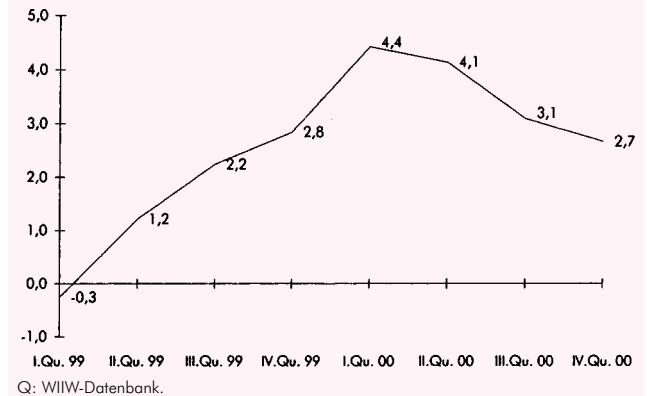
Veränderung gegen das Vorjahr in %



te Wachstumsrate im IV. Quartal 1999 (+6,2%). Im I. Quartal 2000 erreichte die BIP-Expansion in Tschechien (+4,3%), Ungarn (+6,5%), Slowenien (+6,4%, nach einem Schub bereits im II. Quartal 1999) und Russland (+8,2%) Spitzenwerte. In Bulgarien, Estland, Kroatien und Rumänien folgte der Höhepunkt im II. Quartal 2000. Der Aufschwung in den MOEL stand nicht immer in einem ursächlichen Zusammenhang mit der westeuropäischen Entwicklung – Russland etwa verzeichnete im IV. Quartal 2000 einen zweiten, noch ausgeprägteren Anstieg (+8,4%). In einigen Ländern war die Entwicklung vor allem von internen Prozessen geprägt, wie etwa in der Slowakei, deren Wirtschaft sich von drastischen wirtschaftspolitischen Konsolidierungsmaßnahmen langsam erholte. Ähnliches dürfte für Lettland und Litauen gelten: Ihre Wirtschaft hatte in der Folge der russischen Finanzkrise unter dem Ausfall der

Abbildung 3: MOEL 7: Durchschnittliches Wirtschaftswachstum

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Exporte nach Russland gelitten. Im gewichteten Durchschnitt der MOEL 7 ergibt sich ein klares Konjunkturmuster (Abbildung 3): Anfang 1999 schrumpfte die Wirtschaftsleistung leicht, dann beschleunigte sich das Wachstum ein Jahr lang bis auf +4,4% und fiel wieder schrittweise zurück.

Die Entwicklung der Industrieproduktion schwankte in den einzelnen Ländern im Jahr 2000 stark, zum Teil auch weil die Daten nicht arbeitstägig bereinigt sind (Abbildung 4). In Ungarn war die Wachstumsrate der Industrieproduktion im Vorjahresvergleich – insbesondere in der ersten Jahreshälfte 2000 mit bis zu 29% (Mai 2000) – sehr hoch. Ende 2000 und in den ersten Monaten 2001 schrumpfte die Industrieproduktion in einigen Ländern (Bulgarien, Kroatien, Polen und Slowenien). Die Arbeitsproduktivität nahm in Ungarn, Polen, in der Slowakei, in Bulgarien und Rumänien in den meisten Monaten des Jahres 2000 mit zweistelligen Raten zu, in Tschechien, Slowenien und Kroatien jedoch schwächer (Abbildung 5). Der Anstieg der Arbeitsproduktivität übertraf in den meisten Fällen das Wachstum der Bruttonomatslöhne in heimischer Währung, und die Lohnstückkosten sanken – insbesondere in Tschechien, Ungarn, Polen und der Slowakei (Abbildung 6). Erst gegen Ende 2000 war ein leichter Anstieg zu beobachten. Im Gegensatz dazu stiegen in Slowenien die Lohnstückkosten in der zweiten Jahreshälfte ständig. Nur in Rumänien⁴⁾ übertraf der Lohnanstieg anhaltend den Produktivitätszuwachs – aufgrund der durch die hohe Inflation ausgelösten Lohn-Preis-Spirale. Die Löhne übten somit in Rumänien einen Kostendruck auf die Produzentenpreise aus, nicht aber in den anderen genannten Ländern. Tatsächlich stiegen die Produzentenpreise in Rumänien im Jahr 2000 am stärksten (+52% gegenüber 1999). Am niedrigsten war die Inflationsrate in Tschechien (5%), und auch in Kroatien, Polen und Slowenien war sie einstellig.

⁴⁾ Für Russland sind hier keine Zahlen verfügbar.

Abbildung 4: Industrieproduktion

Veränderung gegen das Vorjahr in %

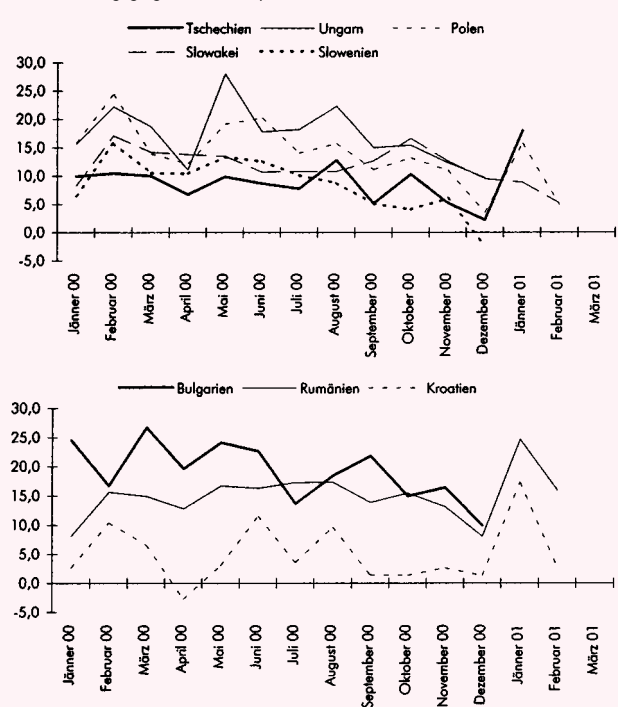


Q: WIIW-Datenbank.

Wie erwähnt, sind ostmitteleuropäische Produkte in einem Vergleich auf Basis der Wechselkurse im Allgemeinen viel billiger als entsprechende EU-Waren. Das allge-

Abbildung 5: Arbeitsproduktivität in der Industrie

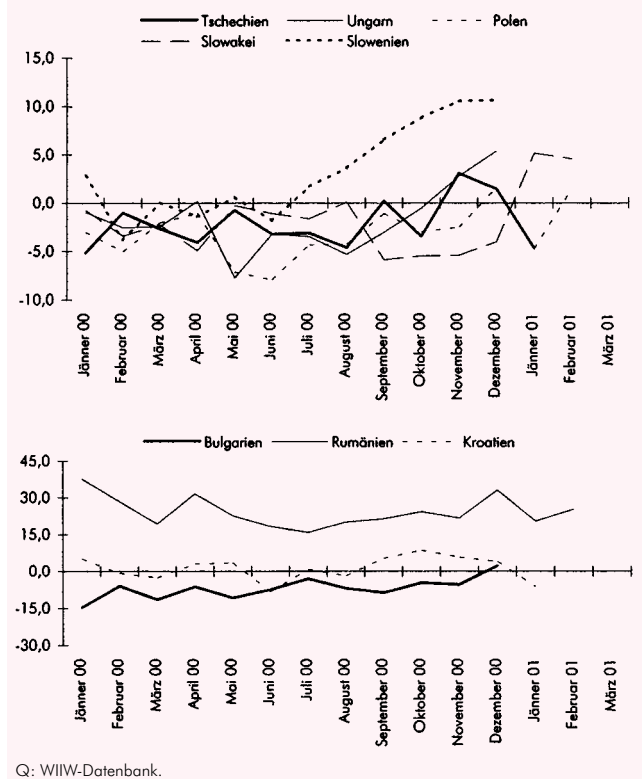
Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIIW-Datenbank.

Abbildung 6: Lohnstückkosten in der Industrie

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIIW-Datenbank.

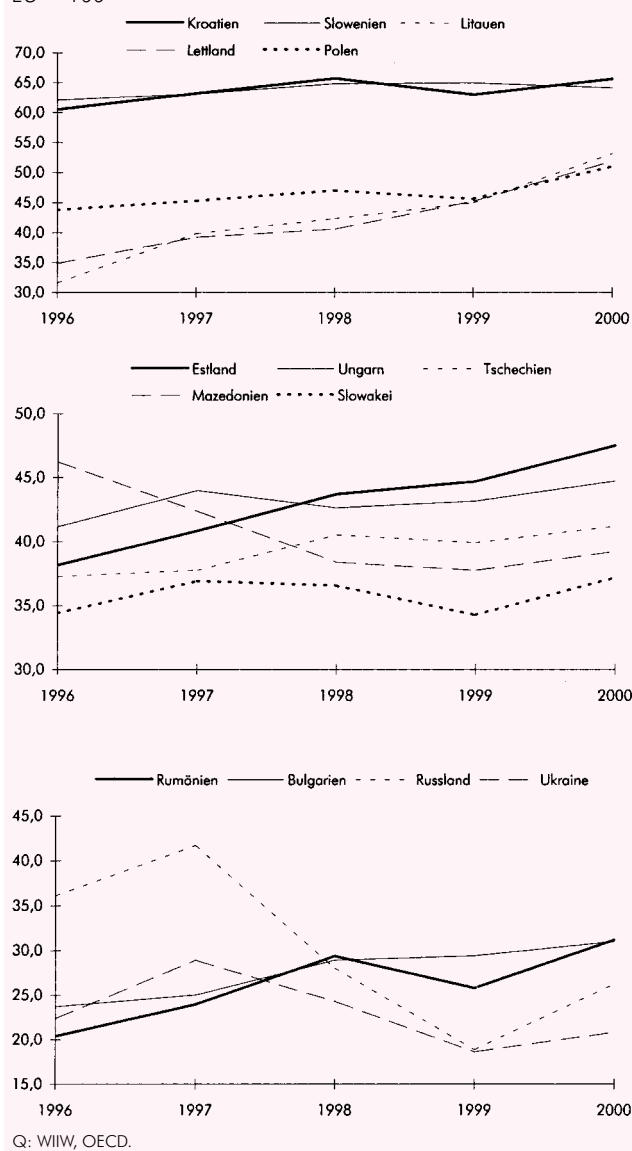
meine Preisniveau (Abbildung 7) näherte sich dem EU-Niveau jeweils dann an, wenn eine Landeswährung gegenüber dem Euro real aufwertete. Unter den möglichen Gründen für eine reale Aufwertung spielte die nominelle Aufwertung nur selten eine Rolle. Ausschlaggebend war meist, dass die Inflationsrate deutlich höher war als die nominelle Abwertungsrate. In nur drei Ländern war im Jahr 2000 der Abstand zum EU-Preisniveau größer als 1996: in Russland (+10 Prozentpunkte), in Mazedonien (+7 Prozentpunkte) und in der Ukraine (+2 Prozentpunkte). In den anderen Ländern hingegen verringerte sich der Preisabstand – in Litauen, Lettland und Rumänien sogar um mehr als 10 Prozentpunkte, in Estland, Polen, Bulgarien und Kroatien um mehr als 5 Prozentpunkte. In Tschechien, Ungarn, der Slowakei und insbesondere Slowenien war die reale Aufwertung gering: Die Annäherung an das EU-Preisniveau machte zwischen 1996 und 2000 weniger als 5 Prozentpunkte aus.

In den Ländern mit fester Wechselkursanbindung an eine Leitwährung hat sich der Abstand zum EU-Preisniveau deutlich verringert, und sie haben mit hohen Leistungsbilanzdefiziten zu kämpfen.

Da ein Preisniveauvergleich auch nichthandelbare Güter und Leistungen umfasst, drückt eine Veränderung des Preisabstands nicht unbedingt eine Änderung der

Abbildung 7: Preisniveauvergleich

EU = 100



internationalen Wettbewerbsfähigkeit aus, und man darf diese Daten nur eingeschränkt mit Informationen über die Leistungsbilanzdaten verknüpfen. Im Fall Russlands räumte jedoch sicher die starke Rubelabwertung im Gefolge der Finanzkrise vom August 1998, die den Abstand gegenüber dem EU-Preisniveau vergrößerte, heimischen Produzenten Chancen ein, importierte Konkurrenzprodukte zu verdrängen. Polens hohes Leistungsbilanzdefizit wiederum dürfte sich daraus erklären, dass sich der Preisabstand gegenüber der EU auch für handelbare Güter stark verringert hat und polnische Produzenten auf heimischen und internationalen Märkten an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen. In den baltischen Ländern hat sich der Preisniveauabstand zur EU beträchtlich verringert, und gleichzeitig haben sie mit hohen Leistungsbilanzdefiziten zu kämpfen. Estland und Litauen haben nach der Einführung eines Currency-Board-Regimes, Lettland aufgrund des Regimes fixer Wechselkurse keine Möglichkeit, einem zu hohen An-

stieg des Preisniveaus durch eine Abwertung entgegenzuwirken.

VORSCHAU AUF 2001 UND 2002: TROTZ LEICHTER ABSCHWÄCHUNG WEITERHIN POSITIVE ENTWICKLUNG

Die Prognose für die Jahre 2001 und 2002 ist dadurch erschwert, dass die MOEL über ihre zum Teil sehr intensive Außenhandelsverflechtung mit der westeuropäischen und globalen Entwicklung verbunden sind. Ob die Wirtschaft der USA nach der langen Phase sehr guter Konjunktur sanft oder hart landen wird und wie lange das Tief anhalten wird, ist zur Zeit eine heftig diskutierte Frage. Auf die meisten MOEL – insbesondere jene, deren Außenhandel primär auf die EU hin orientiert ist – hat die Entwicklung in den USA wenig direkten Einfluss, vielmehr ist entscheidend, wieweit sich die Konjunktur in der EU aufgrund der Dämpfung des Welthandels abschwächt. Gemäß dem Frühjahrsgutachten von sechs führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstituten wird Deutschland die außergewöhnlich hohe Wachstumsrate des Jahres 2000 (3%) nicht mehr erreichen (2001 und 2002 etwas über +2%). Für den Euro-Raum erwartet das Gutachten eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums von 3,4% (2000) auf 2,6% in diesem und dem kommenden Jahr. Die BIP-Wachstumsrate der MOEL 5 wie auch der MOEL 7 dürfte ebenfalls sinken: von 3,9% (2000) auf 3,1% (2001). Dies ergibt sich aber nicht aus einer generellen Abschwächung der Expansion, sondern hauptsächlich aus Problemen der polnischen Wirtschaft. Im Jahr 2002 wird das Wirtschaftswachstum in den MOEL 5 und in den MOEL 7 wieder das Niveau von 2000 erreichen; auch diese Prognose basiert auf Erwartungen bezüglich Polens: Im Jahr 2002 dürfte sich das polnische Wirtschaftswachstum erneut beschleunigen.

In den westlichen MOEL dürfte im Jahr 2002 die Inflationsrate mit rund 5% einstellig sein, bei einer Bandbreite von ± 2 Prozentpunkten. In Rumänien, der Bundesrepublik Jugoslawien, Russland und in der Ukraine wird sich die Inflation voraussichtlich nicht verstärken, aber auf hohem Niveau verharren.

Wenig Bewegung ist im Bereich der Arbeitslosenquote zu erwarten. Sie ist – als Preis für die Umstrukturierung der Wirtschaft – allgemein hoch. Diese bewirkt insbesondere in der Industrie hohe Produktivitätsfortschritte, die in der Regel mit einem Beschäftigungsabbau verbunden sind. In Ungarn allerdings wuchs der Industrieoutput so stark, dass das hohe Produktivitätswachstum mit einer leichten Zunahme der Beschäftigung einherging.

Die Leistungsbilanz wird in den MOEL – abgesehen von Russland – weiterhin defizitär sein, und die Gefahr eines Ausuferns ist latent.

ZUSAMMENFASSUNG DER ENTWICKLUNG IN DEN EINZELNEN LÄNDERN

Innerhalb der MOEL 5 (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien) ist Polen die größte Wirtschaftsmacht: Zu Kaufkraftparitäten berechnet ist Polens BIP etwa so groß wie jenes der anderen vier Länder zusammen, gemessen am BIP pro Kopf liegt es allerdings an letzter Stelle (im Jahr 2000 41% des EU-Durchschnitts). Heuer dürfte Polen auch bezüglich des Wirtschaftswachstums unter den MOEL 5 das schlechteste Ergebnis erzielen. Die Wachstumsrate ist seit dem IV. Quartal 1999 von etwa 6% auf ungefähr 2% im IV. Quartal 2000 gesunken. Impulse, die die Expansion in den nächsten Monaten verstärken könnten, sind weder von außen noch von der Inlandsnachfrage zu erwarten. Dass die Wachstumsrate im IV. Quartal 2000 positiv war, beruht hauptsächlich auf einer Verringerung des Importüberschusses (zu konstanten Preisen). Die Zunahme des privaten Verbrauchs kam zuletzt nahezu zum Stillstand. Im Jahr 2000 stiegen zwar die Reallöhne um 2,4%, die Beschäftigung sank aber etwa in dem selben Ausmaß. Auch die Steigerung der Bruttoanlageinvestitionen vererbte zusehends (Übersicht 11). Die Geldpolitik belastet den realen Sektor durch hohe Zinssätze auf zweifache Weise: Die Zinssätze für Unternehmenskredite erreichten ein Niveau (real 13%), das eine Kreditfinanzierung von Anlageinvestitionen ausschließt; zugleich wertete die polnische Währung von 1999 auf 2000 gegenüber dem Euro auf (nominell +5%). Da die Länder des Euro-Raumes Polens wichtigste Handelspartner sind, ist es für polnische Produzenten schwieriger geworden, sich gegenüber ausländischen Konkurrenten zu behaupten. Allerdings trug auch ein umfangreicher Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen dazu bei, dass sich trotz des hohen Leistungsbilanzdefizits eine Aufwertung ergab. 2002 könnte sich die Lage verbessern, falls sich in der Folge der zunehmenden Auslandsbeteiligung die Exporte beleben und die Wirtschaftspolitik ihren Kurs modifiziert.

Die Wirtschaft der Slowakei erholte sich im vergangenen Jahr langsam von den Folgen der Restriktion im Zuge des Sanierungsprogramms, zu dem sich Regierung und Notenbank 1999 angesichts des Ausuferns des staatlichen wie auch außenwirtschaftlichen Defizits gezwungen sahen. Die Unternehmen sollten sowohl durch ein verschärftes Konkursrecht als auch durch die Veräußerung der Großbanken an ausländische strategische Investoren zu größerer finanzieller Disziplin gezwungen werden. Die Bedingungen für ausländische Direktinvestoren wurden verbessert. Die Regierung ließ eine massive Erhöhung regulierter Preise zu und setzte Schritte zur Reduktion der Staatsausgaben. Diese Maßnahmen, die im Jahr 2000 zu einer Dämpfung des privaten und öffentlichen Konsums um jeweils 5% beitrugen und das Defizit im Staatshaushalt sowie auch im Außenhandel

Übersicht 11: Bruttoanlageinvestitionen

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Tschechien	- 3,0	- 3,9	- 4,4	+ 5,2	+ 6	+ 6
Ungarn	+ 9,2	+13,3	+ 5,9	+ 6,6	+ 9,5	+ 9
Polen	+21,7	+14,2	+ 6,5	+ 3,1	+ 2	.
Slowakei	+12,0	+11,1	-18,8	- 0,7	+ 5	+ 8
Slowenien	+11,6	+11,3	+19,0	+ 4	+ 5	+ 5,5
Bulgarien	-23,9	+32,9	+25,3	+ 8	.	.
Rumänien	- 5,4	-18,6	-12,3	+ 5,0	+ 5	+ 0
Kroatien	+26,4	+ 2,5	- 1,1	- 3,5	+ 0	+ 1
Mazedonien	- 4,3	+ 1,6	+ 1,2	.	.	.
Bundesrepublik Jugoslawien	+ 0,8	- 2,2
Russland	- 5,0	-12,0	+ 5,3	+17,7	+ 6	+ 8
Ukraine	- 8,8	+ 6,1	+ 0,4	+11,2	+10	+10

Q: Nationale Statistiken; 2000: vorläufige Zahlen, 2001 und 2002: Prognose des WIW.
 - Laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung; Rumänien, Jugoslawien, Russland und Ukraine aufgrund der Investitionsstatistik.

tatsächlich stark reduzierten, waren entsprechend unpopulär, zumal auch die Beschäftigung sank. Die Arbeitslosenquote verringerte sich ebenfalls, allerdings aufgrund einer Änderung der Berechnungsmethode. Im Durchschnitt beträgt die Arbeitslosenquote knapp unter 18%, besonders hoch ist sie in den östlichen Regionen. Das Wachstum der slowakischen Wirtschaft im Jahr 2000 erklärt sich aus der Fähigkeit der Exportwirtschaft, die Chancen der guten internationalen Konjunktur zu nützen. Auf Euro-Basis wuchsen die Exporte um 34%, die Importe um 30,4%. Die slowakische Währung wertete zwar im Jahr 2000 gegenüber dem Euro nominell leicht auf, das Preisniveau ist aber im Vergleich zur EU weiterhin sehr niedrig (37% des EU-Durchschnitts). Heuer und im kommenden Jahr dürfte die Inlandsnachfrage wieder einen positiven Beitrag zum Wachstum leisten, und wenn sich die außenwirtschaftlichen Bedingungen nicht drastisch verschlechtern, dürfte sich das Wirtschaftswachstum weiter beschleunigen.

1999 beruhte Sloweniens hohe Wachstumsrate (5,2%) auf einer starken Steigerung der Inlandsnachfrage im Zusammenhang mit Vorziehkäufen vor der Einführung der Mehrwertsteuer; im Jahr 2000 war hingegen das Wirtschaftswachstum (4,8%) primär von günstigen Außenhandelsbedingungen getragen. Neuerlich wiesen die makroökonomischen Indikatoren für den Staatshaushalt und für die Leistungsbilanz keine großen Ungleichgewichte aus. Die Währung wertete im Vorjahr um 5,9% ab, die Produzentenpreise stiegen um 7,6% – Slowenien weist zwar unter den MOEL relativ zur EU das höchste Preisniveau auf, der Abstand veränderte sich jedoch im Jahr 2000 nur geringfügig. Im Zusammenhang mit dem geplanten EU-Beitritt wird Slowenien beherrschtere Privatisierungs- und Liberalisierungsschritte setzen müssen, und es bleibt abzuwarten, ob es dann schwieriger wird, makroökonomische Ungleichgewichte zu vermeiden. Die Wachstumsrate dürfte heuer und im Jahr 2002 nicht wesentlich zurückfallen, zumal wenn sich die politische Lage in den Balkanländern doch weiter beruhigen sollte: Slowenische Unternehmen haben dort Startvorteile.

Drei Jahre lang (von 1997 bis 1999) schrumpfte das BIP Tschechiens. Dies überraschte allgemein, gilt doch die tschechische Wirtschaft nach der slowenischen als die höchstentwickelte, wie auch das Niveau des BIP pro Kopf zeigt (60% des EU-Durchschnitts). Im Jahr 2000 schwenkte das Land wieder auf einen Wachstumskurs ein (BIP real +3,1%). Eine Rolle spielte dabei, dass Tschechien trotz der Rezession ein attraktiver Wirtschaftsstandort blieb und Unternehmen, die unter ausländischer Kontrolle stehen, stark an Bedeutung gewonnen haben. Ihre Aktivitäten waren von den Auswirkungen der Rezession relativ wenig betroffen, sei es, weil sie im inländischen Verdrängungswettbewerb erfolgreich waren oder sich auf den Export konzentrierten.

Die Politik der Regierung Zeman unterscheidet sich insofern sehr wesentlich von jener der Ära Klaus, als sie möglichst viele Auslandsinvestitionen anziehen will. Drei der vier großen tschechischen Bankinstitute sind nunmehr von ausländischen Banken kontrolliert, und auch die vierte Großbank könnte bald übernommen werden. Damit wird sich nicht nur der Bankensektor grundlegend ändern, sondern auch der Nichtbankensektor, weil als Kredit getarnte Subventionen in großem Ausmaß nicht mehr möglich sein werden. Diese in der Vergangenheit exzessiv betriebene „Industriepolitik“ drohte längerfristig die involvierten Banken zu ruinieren, und einen Großteil der uneinbringlichen Kredite musste inzwischen der Staat übernehmen, um seine Bankbeteiligungen überhaupt abstoßen zu können. In der gesamten Sanierungsphase war der Bankensektor nicht imstande, eine der wichtigsten Aufgaben – die Finanzierung von Sachinvestitionen des Nichtbankensektors – in ausreichendem Maße wahrzunehmen. Das Volumen der den Unternehmen gewährten Kredite, das in den Rezessionsjahren gemeinsam mit dem BIP geschrumpft war, verringerte sich auch noch im Jahr 2000, als die Wirtschaft wieder wuchs.

Dass die tschechische Wirtschaft wieder auf einen Wachstumspfad einschwenken konnte, wurde durch die günstigen außenwirtschaftlichen Bedingungen erleichtert. Im 1. Halbjahr 2000 war ein rasanter Anstieg der Exporte der Wachstumsmotor, in der zweiten Jahreshälfte stiegen auch die Bruttoanlageinvestitionen. Das Defizit des Staatshaushalts wird für das Jahr 2000 mit 2,4% des BIP ausgewiesen. Einschließlich der Staatsausgaben zur Sanierung der Banken ergibt sich aber für 2000 und auch für heuer ein sehr hohes Defizit. Die tschechische Nationalbank sieht ihr Inflationsziel dadurch nicht gefährdet. Es ist relativ gemäßigt und sollte ohne größere Schwierigkeiten erreichbar sein. Tschechien ist das ostmitteleuropäische Land mit der niedrigsten Inflationsrate, und angesichts der unausweichlichen Preiserhöhungen von nichthandelbaren Gütern und Leistungen wird nicht versucht, die Inflationsrate kurzfristig auf EU-Niveau zu drücken. Die Nationalbank hält die von ihr

kontrollierten Zinssätze niedrig, um einer stärkeren nominellen Aufwertung der tschechischen Währung vorzubeugen (2000 gegenüber dem Euro +3,4%). Diese Gefahr besteht aufgrund des umfangreichen Zuflusses ausländischer Direktinvestitionen. Das Leistungsbilanzdefizit war im Jahr 2000 mit 4,8% des BIP beachtlich; wenn sich das BIP-Wachstum heuer und im kommenden Jahr wie erwartet leicht beschleunigt, könnte das Problem des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts akut werden.

Relativ zur EU sind in Ungarn das Pro-Kopf-Einkommen und das Preisniveau weiterhin niedrig. Gemessen an der Wirtschaftsdynamik war Ungarn in den letzten Jahren jedoch das erfolgreichste Land Ost-Mitteleuropas. Die Wirtschaft wuchs von 1996 bis 2000 mit Raten von 4,4% bis 5,2% pro Jahr. Motor war primär das Exportwachstum, und dies erklärt auch das relativ geringe Leistungsbilanzdefizit (2000 3,2% des BIP). Im Jahr 2000 stammten die Exporterlöse zu 60% aus Lieferungen von Maschinen und Verkehrsmitteln. Die dynamische Entwicklung der Produktion dieser Waren – insbesondere von elektronischen Geräten und Geräteteilen – war auch für das außerordentlich hohe Wachstum der Industrieproduktion maßgebend (+18,3%). Die Beschäftigung stieg in der Industrie (+1,3%) trotz des hohen Produktivitätswachstums (+16,8%). Die Wirtschaftspolitik war in den letzten Jahren bemüht, günstige Bedingungen für unternehmerische Tätigkeit, insbesondere auch für ausländische Investoren sicherzustellen, während die Bevölkerung überwiegend von der erfreulichen Wirtschaftsentwicklung wenig zu profitieren schien. Im Jahr 2002 muss sich die Regierung Wahlen stellen, und ihre Politik könnte in nächster Zeit konsumentenfreundlicher werden. Dies würde die Inlandsnachfrage erhöhen und damit eine Kompensation für die voraussichtliche Dämpfung der Auslandsnachfrage schaffen, gleichzeitig wahrscheinlich aber auch das Leistungsbilanzdefizit erhöhen.

Ungarn erzielte in den letzten Jahren ein hohes Wirtschaftswachstum, das auf Exporterfolgen beruhte.

Bulgarien und Rumänien waren in der Transformationsphase wenig erfolgreich. Ihr BIP war im Jahr 2000 um etwa 20% niedriger als zehn Jahre zuvor, die Industrieproduktion nur noch halb so hoch. In beiden Ländern erreichte das BIP pro Kopf nur ein Viertel des EU-Durchschnitts, und das Preisniveau lag nur knapp über 30%. Dennoch weisen beide Länder ein relativ hohes Leistungsbilanzdefizit auf (Bulgarien 5,8% des BIP, Rumänien 3,8%), was auf die grundlegende Schwäche der Unternehmen dieser Länder hinweist. Bulgariens Wirtschaft wächst seit drei Jahren wieder – nach einer schweren Krise in den Jahren 1996 und 1997. Im Jahr 2000 betrug die Wachstumsrate des BIP 5%, jene der Industrie-

produktion jedoch nur 2,3%. Diese Steigerung der Industrieproduktion ist auf einige wenige exportorientierte Branchen zurückzuführen, vor allem die chemische und die metallverarbeitende Industrie. Der Output der anderen Industriezweige, die hauptsächlich inländische Nachfrage decken, erhöhte sich kaum oder war sogar rückläufig. Erfolgreich war im Jahr 2000 die Tourismusbranche; dies schlug sich in der Leistungsbilanz positiv nieder.

Die Restrukturierung der bulgarischen Industrie ist im Gange. Sie bewirkt einen Abbau von Arbeitsplätzen, der vom staatlichen Programm zur Schaffung von Arbeitsplätzen nicht wettgemacht werden kann. Die Beschäftigung sank somit im Jahr 2000 um 5%. Trotz einer Steigerung der Reallöhne um 7,5% erhöhte sich damit die Summe der Lohneinkommen real wenig und verlieh damit dem privaten Konsum keine starken Impulse. Die Bruttoanlageinvestitionen (+8%) bestanden hauptsächlich in staatlich finanzierten Infrastrukturprojekten; im Laufe des Jahres wurden die erforderlichen öffentlichen Mittel allerdings knapp. Die Auslandsschulden machten 1999 laut Zahlungsbilanzstatistik 176% der Güter- und Dienstleistungsexporte aus, und das Land ist auf enge Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds angewiesen, um sie bedienen zu können. Da der Währungsfonds an wirtschaftlichen Erfolgen von Ländern mit einem Currency Board (wie Bulgarien) interessiert ist, wird Bulgariens wahrscheinlich auch heuer die nötige Unterstützung erhalten.

Anders als Bulgarien ist Rumänien mit einer Inflations- und Abwertungsspirale konfrontiert. Die Inflationsrate war im Jahr 2000 fast so hoch wie 1999, aber die Abwertung verringerte sich von -63% auf -22%. Die finanziellen Beziehungen – der Unternehmen untereinander, zwischen Unternehmen und Banken, Unternehmen und Staat sowie zwischen Unternehmen und Beschäftigten – entsprechen vielfach noch nicht den Anforderungen einer Marktwirtschaft. Der Staat hat Schwierigkeiten, die Steuern einzutreiben. Auf Vorschlag der neuen sozialdemokratischen Regierung, die aus den Wahlen vom November 2000 hervorgegangen ist, wurde für heuer ein Budget verabschiedet, das ein Defizit von 3,7% des BIP vorsieht, um staatliche Investitionen zu finanzieren, Klein- und Mittelbetriebe zu fördern und Kindergeld zu zahlen. Ein Programm zur Restrukturierung von 64 sanierungsbedürftigen Unternehmen wurde beschlossen. Die rumänische Wirtschaft erzielte im Jahr 2000 nach drei Jahren der Rezession wieder ein leichtes Wachstum (+1,6%); dabei spielte die gute internationale Konjunktur eine Rolle, weil sie ein hohes Exportwachstum ermöglichte. In der ersten Jahreshälfte war die Expansion in Rumänien von den Exporten getragen, in der zweiten von Investitionen und einer leichten Zunahme des privaten Konsums. Heuer könnte sich, wenn die Regierung ihr ausgabenfreudiges Programm verwirklicht, ein Wachs-

tum von 3% ergeben. Bereits im Jahr 2002 dürfte aber ein Sparprogramm erforderlich sein.

Kroatien erzielte im Jahr 2000 ein Pro-Kopf-Einkommen, das 31% des EU-Durchschnitts ausmachte. Das Preisniveau (66% des EU-Durchschnitts) war das höchste in der gesamten MOEL-Region. Die Industrie geriet dadurch unter Druck, ihr Output wuchs im Jahr 2000 viel schwächer (+1,7%) als das BIP (+3,7%). Die Beschäftigung in der Industrie sank um 2,9%. Zugleich stieg die Arbeitslosenquote auf fast 23%. Die Industrie war nicht in der Lage, die Chancen der guten internationalen Konjunktur entsprechend zu nutzen. Die Reduktion des Leistungsbilanzdefizits von 7,6% des BIP auf 2,8% ist größtenteils auf den Zustrom ausländischer Touristen zurückzuführen, der im Jahr 2000 wieder eingesetzt hat. Sollte die Regierung ihr Programm der Schließung unprofitabler Betriebe realisieren, würde sich das Beschäftigungsproblem drastisch verschärfen. Zusätzlich hat es sich die Regierung zum Ziel gesetzt, ihre Personalausgaben stark zu kürzen und die staatlichen Investitionen gegen Null zu reduzieren, um Raum für eine Senkung der Steuern und zugleich des Budgetdefizits zu gewinnen. Angesichts der Schwäche des produzierenden Gewerbes ist diese Fiskalpolitik – gepaart mit einer Geldpolitik, die primär auf Preis- und Wechselkursstabilität ausgerichtet ist – nicht geeignet, das Wachstum zu stimulieren. Für die Jahre 2001 und 2002 ist eine BIP-Steigerung um weniger als 3% zu erwarten.

Mazedonien erzielte im Jahr 2000 eine Zunahme des BIP um 5,1%. Inzwischen hat das Aufflackern ethnischer Konflikte auf mazedonischem Boden das Vertrauen in die Stabilität des Landes im In- und Ausland beeinträchtigt. Negative Auswirkungen auf ausländische Direktinvestition sind zu erwarten. Letztere wären wichtig, da zwar der Staat einen Einnahmenüberschuss verzeichnete, das Finanzsystem aber im Unternehmensbereich von großen Zahlungsrückständen geprägt ist. Heuer und im Jahr 2002 wird bestenfalls ein mäßiges Wachstum möglich sein.

Zu Kaufkraftparitäten gemessen, produzierte Russland im Jahr 2000 allein etwa so viel wie die MOEL 7, Kroatien, Mazedonien und die Ukraine zusammen. Dies ist etwas mehr als das Fünffache der österreichischen Wirtschaft. Das BIP pro Kopf lag bei 33% und das Preisniveau bei 26% des EU-Durchschnitts – Maßzahlen, die das Land als wenig entwickelt ausweisen. Das im Vergleich zur EU extrem niedrige Preisniveau ist das Ergebnis der starken Rubelabwertung im Gefolge der Finanzkrise des Jahres 1998. Es eröffnete den russischen Unternehmen erstmals seit Beginn der Transformation die Chance, ihre Produktion signifikant zu erhöhen. Das BIP wuchs im Jahr 2000 um 7,7%, die Industrieproduktion um 9%, die Bautätigkeit um 11,5%, obgleich der Wohnbau weiter schrumpfte. Trotz der hohen Produktionssteigerung sank die Beschäftigung geringfügig. Die

daraus resultierende Erhöhung der Arbeitsproduktivität könnte ein Zeichen dafür sein, dass marktwirtschaftliches Denken an Boden gewinnt. Die Bruttoanlageinvestitionen stiegen, nach vielen Jahren des Niedergangs, sowohl 1999 als auch im Jahr 2000 (2000 fast +18%). Der hohe Erdölpreis schlug sich in einem enormen Exportüberschuss nieder, sodass sich ein Leistungsbilanzüberschuss von 46 Mrd. \$ oder 19% des BIP ergab. Ein ähnlich hoher Überschuss ist heuer und im Jahr 2002 nicht wieder zu erwarten.

Die Reallöhne stiegen im Jahr 2000 um über 22% – nach einem ähnlich deutlichen Rückgang im Jahr zuvor. Im Gefolge ihrer weiteren Zunahme wird der private Konsum ebenso wie die Bruttoanlageinvestitionen zunehmen. Das Wachstum wird somit verstärkt von inländischer Nachfrage getragen werden. Die Wachstumsrate wird heuer und im Jahr 2002 voraussichtlich deutlich niedriger sein als 2000. Die Prognose ist mit großer Unsicherheit behaftet, da die Entwicklung der Rohölpreise und die internationale Konjunktur eine Rolle spielen. Die Budgetsituation hat sich deutlich gebessert, aber die finanziellen Strukturen des privaten Sektors entsprechen nur teilweise marktwirtschaftlichen Gepflogenheiten. So basiert immer noch ein beträchtlicher Teil des Warenverkehrs zwischen Unternehmen auf Barter-Verträgen. Auch die Rechtssicherheit bleibt weiterhin ein Problem – ein Faktor, der neben anderen für den schwachen Zufluss ausländischer Direktinvestitionen verantwortlich sein dürfte.

Die Wirtschaftsleistung der Ukraine entsprach im Jahr 2000 ungefähr jener Tschechiens und der Slowakei zusammen. Das BIP pro Kopf betrug nach einer Dekade des wirtschaftlichen Niedergangs nur noch 16% des EU-Durchschnitts, das Preisniveau lag bei 21% des EU-Vergleichswertes. Diese Zahlen weisen die Ukraine als das am schwächsten entwickelte unter den hier besprochenen Ländern aus. Allerdings wird die Schattenwirtschaft

Trotz der hohen Wachstumsrate im Jahr 2000 ist in Russland der Zustrom ausländischer Direktinvestitionen weiterhin schwach. Ein noch nicht konsolidiertes Finanzsystem und mangelnde Rechtssicherheit dürften dafür ausschlaggebend sein.

auf etwa 70% des BIP geschätzt. Im Jahr 2000 erzielte die Ukraine erstmals wieder ein BIP-Wachstum (+6%). Die Industrieproduktion stieg um fast 13%. Dies wurde möglich im Gefolge des russischen Aufschwungs, der die Exportmöglichkeiten der Ukraine erweiterte. Etwa ein Drittel der Exporterlöse im III. Quartal 2000 stammten aus dem Stahlsektor, der auch 30% der Industrieproduktion ausmachte. Die Schwächen der Wirtschaft sind ähnlich denen der russischen, das Wachstum wird ähnlich wie in Russland in den Jahren 2001 und 2002 etwas geringer sein als im Jahr 2000.

Central and East European Economies: Moderate Slow-down After the Boom in 2000 – Summary

In 2000, for the first time since the beginning of transformation the economy grew in all CEECs. All countries managed to accommodate the shock of high oil prices – no currency, current account, or banking crisis occurred. Croatia, the Czech Republic, Romania and Ukraine pulled themselves out of recession, and so did the Federal Republic of Yugoslavia, under very special conditions. The CEECs gained from the business climate in the European Union and in the USA, but this positive influence will lose strength in 2001. The picture in this year will be mixed. Some countries will continue

to recover further from recession or near-stagnation, others, such as Poland and Russia, both important due their size, are likely to achieve less growth than last year. Poland is plagued by a high current account deficit and a stagnating domestic demand, Russia is confronted with less favourable world market prices for oil and a gradual real appreciation of the currency. Over the whole region, growth will continue in 2002, but disturbances are always possible, as the countries are vulnerable to external influences, and some of them are still struggling with irregularities in their financial system.

50th Euroconstruct Conference

The Outlook for the European Construction Sector 2001-2003

Country Reports ATS 10,320.23 or EUR 750

Länderbericht Österreich ATS 2,064.05 or EUR 150

Please send your orders to the Austrian Institute of Economic Research, Mrs Christine Kautz, P.O. Box 91, A-1103 Vienna – Austria, Tel. (+43 1) 798 26 01/282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail Christine.Kautz@wifo.ac.at, <http://www.wifo.ac.at>

www.ueberreuter.com

- versand ■
- logistik ■
- offsetdruck ■
- abo-service ■
- digitaldruck ■
- druckberatung ■
- personalisieren ■
- fulfillment-service ■
- dto ■
- setz/repro ■
- grafik-beratung ■
- intranet/internet ■
- datenkonzertierung ■
- digitale fotografie ■
- datenbank-management ■
- cross-media-publishing ■



ueberreuter
Print und Digimedi@